

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Detlef Schön

Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Volker Hasenmüller

Grundmandat Thorsten Moriß

Ausschussmitglied Lothar Preuß

Bauordnungsamt

Niksa Marusic

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frank Amerkamp

Joachim Noack

Stellv. Fachbereichsleiter Hennig Winde

Martin Heintz

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Frank-Uwe Walpurgis

Ausschussmitglied Katja Breuer

Ausschussmitglied Martin Harms

Ausschussmitglied Helmut Möhle

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mike Marzelt DEHOGA

Sascha Scheller DEHOGA

Olaf Stamsen DEHOGA

Stefan Becker

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | | | |
|-----|---|------------|--------------------------------|------------------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | | | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | | | |
| 3 | Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 16.10.2018 | | | |
| 4 | Vorlagen an den Rat | | | |
| 4.1 | 85. Änderung einschließlich | zum seiner | Flächennutzungsplan Änderungen | 1973 309/2018 (e.s.Ä.) |

- | | | | | | | |
|-------|--|-------------------|-------|-----------------------|-----------------|-----------------|
| | -Großer | | Hafen | | Südost- | |
| | Aufstellungsbeschluss | | | | | |
| 4.2 | Bebauungsplan | Nr. | 114 | (vorhabenbezogen)/ | 311/2018 | |
| | Vorhaben-und | Erschließungsplan | Nr. | 31 | (VEP031) | |
| | -Südlich | Großer | Hafen | / | Westlich | Kaiser-Wilhelm- |
| | Brücke- | | | | | |
| | Aufstellungsbeschluss | | | | | |
| 4.3 | Antrag SPD-Fraktion: Prüfauftrag Erarbeitung eines Konzeptes f. d. Förderung d. Wohnungsbaus | | | | | 534/2018 |
| 4.4 | Antrag der Gruppe CDU/WBV zum Thema "Untersuchung Hotellandschaft" | | | | | 536/2018 |
| 4.5 | Haushalt 2019/2020 - Teilhaushalt 61 | | | | | |
| 5 | Vorlagen an den Verwaltungsausschuss | | | | | |
| 5.1 | 85. | Änderung | des | Flächennutzungsplanes | 308/2018 | |
| | 1973 | | | | | |
| | -Großer | | Hafen | | Südost- | |
| | Beschluss | über | die | Art | der | frühzeitigen |
| | Beteiligung der Öffentlichkeit | | | | | |
| 5.2 | Bebauungsplan | Nr.. | 114 | (vorhabenbezogen)/ | 310/2018 | |
| | Vorhaben-und | Erschließungsplan | Nr. | 31 | (VEP031) | |
| | -Südlich | Großer | Hafen | / | Westlich | Kaiser-Wilhelm- |
| | Brücke- | | | | | |
| | Beschluss | über | die | Art | der | frühzeitigen |
| | Beteiligung der Öffentlichkeit | | | | | |
| 6 | Mitteilungen und Anfragen | | | | | |
| 6.1 | Vorstellung Planung Neuengrodener Weg | | | | | |
| 6.2 | Vorstellung Planung Hamburger Straße | | | | | |
| 6.3 | Vorstellung Planung Schulstraße | | | | | |
| 6.4 | Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr" | | | | | |
| 5.2.5 | Fehlender Gehweg | | | | | |
| 5.2.6 | FOC / Südzentrale | | | | | |
| 7 | Öffentliche Anhörungen | | | | | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

--

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr **Amerkamp** bat darum, dem TOP 6.5 vorzuziehen und neu als TOP 4.5

einzureihen. Der Bitte wurde einstimmig stattgegeben.

Frau **Weinstock** regte an, die TOP 4.1, 4.2, 5.1 und 5.2 en block zu beraten. Der Anregung wurde einstimmig zugestimmt.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Beschluss:

-geänderter Beschlussvorschlag-

3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 16.10.2018

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 16.10.2018 wurde einstimmig angenommen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

Beschluss:

--

4.1 85. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 309/2018
einschließlich seiner Änderungen (e.s.Ä.)
-Großer Hafen Südost-
Aufstellungsbeschluss

Herr **Amerkamp** stellte die Vorlagen ausführlich vor.

Herr **Möhle** kritisierte, dass hierüber bereits viel in den Printmedien als auch in den sozialen Medien veröffentlicht worden sei und bemängelte wieder einmal die mangelnde Aufklärung seitens der Verwaltung. Er vertrat die Ansicht, dass die Politik hier wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Er kündigte an, dass die Gruppe CDU/WBV den Vorlagen nicht zustimmen werde, da auch das Tourismuskonzept noch nicht vorliege und das seitens der Gruppe CDU/WBV geforderte Gutachten bezüglich der Wilhelmshavener Hotellandschaft.

Herr **Schön** erklärte, dass er überrascht sei, so kurz nach der Projektvorstellung (in der letzten Ausschusssitzung am 16.10.2018) bereits eine entsprechende Beschlussvorlage zu beraten. Er hält dies für übereilt. Er verwies auf das fehlende Tourismuskonzept sowie das ebenfalls noch nicht vorhandene Hotelkonzept. Auch ein Verkehrskonzept sei hier erforderlich. Erst nach Vorlage aller dieser Unterlagen könne man über ein solches Projekt beraten und entscheiden. Außerdem eile es mit diesem Beschluss nicht. Zudem müsse der Beschluss so gefasst sein, dass ein Architektenwettbewerb zwingend vorgegeben sei. Er kündigte an, dass auch die SPD-Fraktion diesen Vorlagen nicht zustimmen werde.

Herr **Harms** fragte, welche Abhängigkeiten entstehen würden, sofern der Investor die Kosten des Verfahrens trägt.

Herr **Dr. Schulte** kritisierte, dass sich die Vorlagen explizit auf das in der letzten Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen unter TOP 6.1 vorgestellte Projekt beziehen. Zudem widersprechen die Vorlagen dem in der letzten Sitzung Besprochenen. Seitens der Politik wurde zudem kein Architektenwettbewerb sondern ein Ideenwettbewerb gefordert. Daher sollten heute keine Beschlüsse gefasst werden, welche sich auf ein konkretes Projekt beziehen.

Frau **Weinstock** erklärte, dass man abwarten solle, bis das Projekt mit den ehemaligen Minenlagerhäusern verwirklicht worden sei und eine entsprechende Verkehrsplanung vorliege.

Frau **Breuer** wies darauf hin, dass man eine Entwicklung am Südstrand nicht verhindern wolle, aber die Vorlagen seien verfrüht und zudem zu sehr projektbezogen.

Herr **Diers** warnte davor, möglichen Investoren vor den Kopf zu stoßen. Das seitens der Gruppe CDU/WBV geforderte Gutachten halte er für unglücklich und überflüssig, da sich die Lage im Hotelbereich ständig ändert. Wichtiger sei es hier allerdings, die Attraktivität der Stadt zu erhöhen, um möglichen Gästen auch etwas bieten zu können.

Herr **Becker** führte aus, dass erst das Tourismuskonzept vorliegen müsse, bevor man dann mit Politik, Bürgern und Verwaltung über derartige Projekte diskutiert.

Herr **Stoermer** hielt das Thema für sehr sensibel. Man wolle keine möglichen Investoren vergraulen. Den Nutzen eines Hotelkonzeptes wie seitens der Gruppe CDU/WBV gewünscht bezweifelte er.

Herr **Walzner** erklärte, dass die heute zu beratenden Vorlagen zu früh eingebracht seien. Die Vorstellung des Projektes in der letzten Sitzung sei in Ordnung, aber für

eine Beschlussfassung diesbezüglich sei es heute noch zu früh. Auch mahnte er ein Verkehrskonzept an, wobei die zusätzlichen Belastungen der KW-Brücke berücksichtigt werden müssen. Eine Vorentscheidung für das in der letzten Sitzung vorgestellte Projekt lehnte er ab.

Herr **Harms** bekräftigte, dass zuerst die entsprechenden Konzepte vorliegen müssen und man dann auch für die Gäste etwas in dieser Stadt bieten muss.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die Aufstellung der 85. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 e.s.Ä. –Großer Hafen Südost- gemäß Anlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift

4.2 Bebauungsplan Nr. 114 (vorhabenbezogen)/ **311/2018**
Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 31 (VEP031)
-Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-
Brücke-
Aufstellungsbeschluss

Siehe TOP 4.1

Beschluss:

-einstimmig abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 114 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 31 (VEP 031) –Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-Brücke-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

4.3 Antrag SPD-Fraktion: Prüfauftrag Erarbeitung eines Konzeptes f. d. Förderung d. Wohnungsbaus **534/2018**

Herr **Stoermer** verlas den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau **Weinstock** erwiderte, dass es in Wilhelmshaven zwei alteingesessene Wohnungsbaugesellschaften gäbe (Spar&Bau, BVR), dazu auch noch die JADE, somit seien ausreichend Anbieter für günstigen Wohnraum vorhanden.

Herr **Walzner** schloss sich dem an. Zudem sei nach seiner Einschätzung GGS nicht in der Lage, eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu unterhalten. Eine Zustimmung zum Antrag der SPD schloss er daher aus.

Herr **Möhle** verwies auf das vom Rat 2017 beschlossene Wohnraumversorgungskonzept. Der gestellte Antrag sei daher überflüssig und würde seitens der Gruppe CDU/WBV auch nicht unterstützt. Außerdem koste eine städtische Wohnungsbaugesellschaft wieder zusätzlich Geld und Personal. Er schlug vor, dass die SPD ihren Antrag zurückzieht.

Herr **Dr. Schulte** erklärte, dass es bisher kein Konzept gäbe, die vorhandenen Missstände zu beseitigen. Ein Rückbau sei wenig hilfreich, und auch eine Sanierungsförderung würde hier wenig ausrichten, da die Mieten in den sanierten Gebäuden wieder entsprechend ansteigen würden. Auch sei die ortsübliche Vergleichsmiete zu gering um für mögliche Investoren einen Anreiz zu bieten.

Herr **Harms** führte aus, dass die Schaffung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft überflüssig sei. Die vorhandenen Wohnungen müssten entsprechend hergerichtet werden (Schrottimmobilien ausgeschlossen) und hierbei müsse die Stadt helfen.

Frau **Breuer** befand die Schaffung einer Konkurrenz zu den bestehenden Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand für wenig hilfreich. Außerdem gäbe es ausreichend Angebote in allen Preisklassen. Ein Mangel bestehe allerdings an Grundstücken für den Sozialen Wohnungsbau.

Herr **Schön** erklärte, dass die Mietpreisbindungen bei den meisten entsprechenden Wohnungen in 2023 auslaufen. Zudem entsprächen die Wohnungen der JADE in Fedderwardergroden nicht mehr den heutigen Anforderungen an die Wohnqualität. Man habe daher lediglich die Gründung einer neuen Wohnungsbaugesellschaft in öffentlicher Hand angeregt, aber nicht gefordert. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Modell Münster, wo Grundstücke nur an Investoren verkauft würden, welche sich dem sozialen Wohnungsbau widmen.

Frau **Weinstock** regte eine Rücknahme und mögliche Umformulierung des SPD-Antrags an.

Herr **Winde** verwies in diesem Zusammenhang auf die entsprechend zinsgünstigen Darlehen der NBank. Aufgrund der allgemein niedrigen Zinsen jedoch ist die Nachfrage nach entsprechender Förderung durch die NBank relativ gering.

Herr **Marušič** erklärte, dass viele Schrottimmobilien zwischenzeitlich saniert worden sind. Es sei außerdem ausreichend Wohnraum vorhanden. Einen Mangel sieht er im Bereich der barrierefreien Wohnungen, hier bestehe entsprechender Bedarf, der sich aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren noch erhöhen werde. Aus diesem Grund werde auch die NBauO novelliert, um

barrierefreie Umrüstungen zu erleichtern.

Herr **Stoermer** nahm daraufhin den SPD-Antrag zurück und kündigte eine entsprechende Neuformulierung an.

Herr **Amerkamp** verwies auf die zurzeit in Bau befindlichen 44 preisgebundenen Wohneinheiten in der Allerstraße.

Herr **Walzner** machte den Vorschlag, die Wohnungsbaugesellschaft Nord zur Inanspruchnahme entsprechender Kredite bzw. Förderangebote anzuregen. So könne man dem Leerstand in Fedderwardergroden begegnen und möglicherweise Wohnraum für Studenten und entsprechende WGs schaffen.

Eine Abstimmung war nicht mehr erforderlich, da folgender Antrag zurückgezogen wurde:

Beschluss:

-zurückgezogen-

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt im Folgenden:

Der Rat erteilt der Verwaltung den Prüfauftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Förderung des günstigen und qualitätsvollen Wohnungsbaus unter Einbeziehung des vom Rat beschlossenen Wohnraumversorgungskonzeptes BV 179/2017. Das Konzept soll insbesondere auch die eventuelle Gründung einer neuen städtischen Gesellschaft für den Wohnungsbau – z.B. als Tochtergesellschaft von GGS - umfassen.

Begründung:

Es besteht in Wilhelmshaven ein überdurchschnittlich hoher Anteil an alten Gebäuden und Wohnungsbestand und ein Überangebot an nicht modernisierten Wohnungen.

Aufgrund des hohen Anteils der Einwohner im Niedrigeinkommensbereich (ca. 30%), wird der soziale Wohnungsbau die Stadt Wilhelmshaven auch in der Zukunft vor eine große Herausforderung stellen.

Die Stadt Wilhelmshaven muss einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand an Kosten der Unterkunft für Leistungsbezieher nach dem SGB II und SGB XII betreiben, ohne eine direkte Einflussmöglichkeit auf die Qualität des Wohnraums nehmen zu können. Dabei ist es für unsere Bürger ein Grundrecht, in einer zumutbaren Wohnung zu leben und damit auch eine Pflichtaufgabe der Stadt Wilhelmshaven, einen solchen Wohnraum vorzuhalten, beziehungsweise dafür zu sorgen, dass alter Wohnungsbestand

qualitativ und energieeffizient aufgewertet wird. Der Anteil älterer und behinderter Menschen in unserer Stadt, die auf barrierefreien Wohnraum angewiesen sind, wird durch die demografische Entwicklung stetig steigen.

Aus oben genannten Gründen sollte die Stadt Wilhelmshaven direkten Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen können und die künftige Entwicklung nicht ausschließlich privaten Investoren überlassen. Zumal das niedrige Preissegment in unserer Stadt bei privaten Eigentümern häufig zu einem Sanierungsstau führt.

4.4 Antrag der Gruppe CDU/WBV zum Thema "Untersuchung 536/2018 Hotellandschaft"

Herr **Möhle** verlas den Antrag und die dazugehörige Begründung der Gruppe CDU/WBV.

Herr **Dr. Schulte** erklärte, dass er den Antrag ablehnen werde. Zum einen diene er lediglich einer Tatsachenfeststellung, welche auch ohne ein entsprechendes Konzept in den Medien recherchiert werden könne. Zudem seien künftige Bedarfe kaum zu ermitteln, auch da das Tourismuskonzept noch nicht fertiggestellt sei. Auch die Kosten für ein solches Konzept seien abzulehnen.

Herr **Becker** entgegnete, dass man dies von Seiten der CDU/WBV Gruppe anders sehe. Es gäbe entsprechende Gespräche mit der DEHOGA und eine Prognose, wieviel Hotelbetten in welchen Sterne-Kategorien in dieser Stadt in Zukunft erforderlich und auch verträglich seien sei durchaus erforderlich.

Herr **Dr. Schulte** verwies auf die Ausführungen seitens Herrn Diers (TOP 4.1), wonach eine Attraktivitätssteigerung der Stadt in besonderem Maße erforderlich sei. Herr Walzner schloss sich diesen Ausführungen an.

Frau **Weinstock** erklärte, dass ein Gesamtkonzept für die Stadt Wilhelmshaven erforderlich sei und nicht lediglich ein Tourismus- oder Hotelkonzept.

Herr **Stamsen** (DEHOGA) führte aus, dass bereits mit der Erarbeitung des Tourismuskonzeptes eine Erfassung der Übernachtungszahlen hätte erfolgen müssen. Er fragte, ob der Auftragnehmer zur Erstellung des Tourismuskonzeptes dies mit machen würde.

Herr **Winde** erklärte, dass die Übernachtungszahlen erhoben würden, dass aber eine genauere Untersuchung der Hotellandschaft in Wilhelmshaven nicht Bestandteil des Auftrages sei ebenso wenig wie eine dementsprechende Prognose.

Herr **Stamsen** führte weiter aus, dass ein künftiger Bedarf nicht genau zu ermitteln sei. Zudem bliebe abzuwarten, wie sich die zurzeit in Bau befindlichen sowie bereits genehmigten Hotelprojekte am Markt etablieren. Die statistischen Auswertungen des Landesamtes halte er für zu sehr verwässert. Gerade im Sommer bestünde durchaus ein Bedarf an weiteren Übernachtungsmöglichkeiten, während im Winter die Häuser weitestgehend leer stünden.

Herr **Amerkamp** verwies in diesem Zusammenhang auf den STEP-plus-Prozess, aus welchem sich auch ergeben habe, dass hinsichtlich der Übernachtungsmöglichkeiten in Wilhelmshaven ein Nachholbedarf besteht.

Frau **Weinstock** regte eine Fortschreibung des STEP-plus-Prozesses an.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass dies bereits erfolge. Er verwies auf entsprechende Maßnahmen, welche auf diesem Prozess basieren und im Ausschuss für Planen und Bauen auch vorgestellt würden. Zudem erfolge alle zwei Jahre ein Monitoring, um die Erfolge dieser Maßnahmen zu dokumentieren.

Herr **Diers** führte aus, dass das Thema Tourismus zurzeit sehr präsent sei. Eine Diskussion über mögliche weitere Hotels halte er für wenig zielführend, vielmehr sei eine effektive Attraktivitätssteigerung der Stadt z.B. durch die Einrichtung von Fahrradverleihstationen ins Auge zu fassen. Ein Hotelkonzept halte er nicht für erforderlich.

Herr **Amerkamp** entgegnete, dass die Hotellandschaft sowie die touristische Attraktivität der Stadt zwei Seiten einer Medaille darstellen. Ein Hotelkonzept könne mögliche Defizite in der Hotellandschaft aufzeigen.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird angewiesen, ein Fachinstitut zu beauftragen, die in Wilhelmshaven vorhandene Hotellandschaft unter Einbezug bereits genehmigter bzw. zur Genehmigung anstehender Hotelprojekte bis spätestens zum Ende des ersten Quartals 2019 quantitativ sowie qualitativ zu erfassen und zu bewerten. Die abschließende Bewertung durch das Institut erfolgt auch hinsichtlich der quantitativen sowie qualitativen Verträglichkeit und des Bedarfs weiterer Hotellansiedlungen.

Des Weiteren bittet die Gruppe CDU/WBV den Herrn Oberbürgermeister, den Ausschuss Planen und Bauen, in seiner Sitzung am 16. Oktober 2018, unter Tagesordnungspunkt 6.1. „Hotelprojekt Südstrand“, über diesen eingereichten Antrag zu unterrichten.

Begründung:

In Wilhelmshaven sind derzeit diverse Hotelprojekte im Bau oder in der Genehmigungsphase/ in Planung. Des Weiteren werden von Investoren Überlegungen hinsichtlich weiterer Hotelprojekte angestellt. Für die zukünftigen Entscheidungen der Fachausschüsse/ des Rates im Hinblick auf die Ansiedlung

weiterer Hotels wäre die Expertise eines Fachinstitutes als Entscheidungshilfe hilfreich.

Herr **Amerkamp** stellte den Teilhaushalt 61 vor. Die einzelnen Produkte sind nicht gefährdet.

Herr **Winde** stellte das Investitionsprogramm (STEP-plus, Soziale Stadt, Sanierungsgebiet Östliche Südstadt, mögl. künftiges Sanierungsgebiet Tonndeich) ausführlich vor.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

Beschluss:

--

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

Beschluss:

--

5.1 85. Änderung des Flächennutzungsplanes 1973 **308/2018**

-Großer Hafen Südost-
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit

Siehe TOP 4.1

Beschluss:

-einstimmig abgelehnt-

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für die 85. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 –

Großer Hafen Südost- in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit im Technischen Rathaus durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

5.2 Bebauungsplan Nr.. 114 (vorhabenbezogen)/ **310/2018**
Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 31 (VEP031)
-Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-
Brücke-
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit

Siehe TOP 4.1

Beschluss:

-einstimmig abgelehnt-

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bebauungsplan Nr. 114 –Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-Brücke- in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit im Technischen Rathaus durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird

6 Mitteilungen und Anfragen

Beschluss:

--

6.1 Vorstellung Planung Neuengrodener Weg

Herr **Heintz** stellte die Planungen ausführlich vor.

Herr **Möhle** lobte die Planungen, regte aber an, dass man insbesondere im Bereich des Neuengrodener Weges mit den Anwohnern und dem Kleingartenverein sprechen solle, bevor mit den Baumaßnahmen begonnen wird.

Herr **Heintz** erwiderte, dass dies geschehen sei. Zudem bestehen die meisten Maßnahmen aus entsprechenden Straßenmarkierungen, lediglich die Fahrbahnverengungen stellen eine bauliche Maßnahme dar. Im Bereich der Hamburger Straße habe man zudem der angespannten Parkplatzsituation im Bereich des Rathauses und der Mozartstraße Rechnung getragen. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit sei durch entsprechende Veröffentlichung in den Printmedien vorgesehen.

Herr **Walzner** fragte, warum man die Schulstraße beplane und nicht das Brommygrün.

Herr **Heintz** antwortete, dass die Routen entsprechend ihrer Belastung im Radverkehrskonzept dargestellt worden seien und man diese nun vervollständige bzw. verbessere. Die Schulstraße sei eine der Hauptrouten (Route 110) und soll nun entsprechend verbessert werden. Die Herstellung einer entsprechenden Route durch das Brommygrün sei erheblich kostenintensiver.

Frau **Breuer** fragte, aus welchem Grund hier die Radfahrer in dunkle Nebenstraßen vertrieben werden.

Herr **Heintz** entgegnete, dass gerade im Bereich des Lönsweges die Beleuchtungssituation verbessert werden soll. Dies gilt auch für die Radwege im Hauptverkehrsbereich. Schwierig sei hier jedoch die Zuständigkeit des Straßenbauamtes in Aurich.

Herr **Dr. Schulte** erklärte, dass man eine reine „Fahrradstraße Schulstraße“ bereits abgelehnt habe. Auch wurden die Maßnahmen bereits ausreichend diskutiert. Er fragte weiter nach der Finanzierung der Maßnahmen.

Herr **Heintz** antwortete, dass für die Maßnahmen ein Budget von 400.000 € zur Verfügung steht, wobei allein die Maßnahme „Hamburger Straße“ diesen Betrag bereits überschreitet.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

Beschluss:

--

Siehe TOP 6.1

Beschluss:

--

6.3 Vorstellung Planung Schulstraße

Siehe TOP 6.1

Beschluss:

--

6.4 Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr"

Herr **Marušič** erläuterte ausführlich das Bundesprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“. Für dieses Programm habe man in Wilhelmshaven zwei neue Routen (Ost-West sowie Nord-Süd) entwickelt. Die Kosten für die Verwirklichung betragen etwa 6 Mio. €, wovon durch den Bund eine Förderung von bis zu 90% möglich ist. Ein Vorantrag wurde bereits gestellt, der Hauptantrag mit entsprechender Detailplanung wird aufgrund der positiven Beurteilung des Vorantrages zurzeit vorbereitet. Eine ausführliche Vorstellung der Routen hat er für den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz am 07.11.2018 angekündigt. Für die Umsetzung der Planungen ist zudem ein entsprechender Ratsbeschluss erforderlich.

Frau **Breuer** bewertete das Projekt auch gerade in Hinsicht auf den sich entwickelnden Tourismus als positiv.

Herr **Stoermer** fragte, ob die Detailplanung im RIS abgerufen werden könne.

Herr **Marušič** verneinte dies. Lediglich in Teilbereichen sei eine Detailplanung abrufbar. Erst nach entsprechender Förderzusage werden alle Detailplanungen ins RIS eingestellt, wobei noch nicht absehbar ist, wie lange dies dauert. Mit einer Umsetzung der Planungen kann frühestens in 2021 gerechnet werden. Er kündigte weiter an, dass möglicherweise ein Planfeststellungsverfahren erforderlich werden könnte.

Herr **Möhle** erklärte, dass eine Streckenerweiterung direkt am Kanal bis nach

Emden wünschenswert sei.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

Beschluss:

--

5.2.5 Fehlender Gehweg

Herr **Becker** führte aus, dass im Bereich Bremer Straße / Ankerstraße der Fußgängerweg endet und nicht weitergeführt werde und fragte nach dem Grund hierfür.

Herr **Heintz** antwortete, dass dies in der Zuständigkeit von TBW liege und er die Prüfung der Angelegenheit veranlassen werde.

Beschluss:

--

5.2.6 FOC / Südzentrale

Frau **Weinstock** fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass es seit der letzten Sitzung des APB keine Veränderung diesbezüglich gegeben habe.

Beschluss:

--

Eine öffentliche Anhörung fand mangels Nachfrage nicht statt.

Beschluss:

--

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:30 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in